

Asse II – Koordinationskreis

Fragen zur Asse an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistagswahl 2016

Im Folgenden finden Sie die uns zurückgeschickten Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten zusammenführt zu den einzelnen Fragen.

Vor jeder Antwort steht der Name der antwortenden Person. Dabei sind gleichen Antworten aus einer Partei zusammengefasst. Bei kleinen Variationen der Antwort fand keine Zusammenfassung statt, um diese nicht untergehen zu lassen.

Folgende Rückläufer haben wir bis zum 28. August erhalten:

(Sortierung der Parteien nach der Reihenfolge auf den Wahlzetteln,
innerhalb der Parteien alphabetisch nach Nachname)

(Beim Rückläufer nach dem 28. August ist das Eingangsdatum hinter dem Namen
vermerkt)

SPD

Bosse, Marcus
Fahlbusch, Susanne
Fischer, Wolfgang (31.8.)
Ganzauer, Oliver
Hensel, Falk
Kiehne, Uwe
Klie, Burkhard (31.8.)
Naumann, Ruth (30.8.)

CDU

Cordes, Irmtraut
Fricke, Dietmar
Glier, Andreas
Garmatte, Konrad
Hantelmann, Klaus
Kühne, Jürgen
Ladowsky, Uwe
Oesterhelweg, Frank

B'90/Die Grünen

Nagel, Hilmar (31.8.)

Die Linke

Wichenberg, Dieter

AfD

Pastewsky, Jürgen

1. Sind Sie der Auffassung, dass die Rückholung des Atommülls aus Asse II erforderlich ist?

Marcus Bosse [SPD]

Ja, der Langzeitsicherheitsnachweis ist nicht erbracht, und da der Laugenzufluss unkontrollierbar ist, besteht die Gefahr einer Grundwasserkontamination. Die Rückholung ist oberstes Ziel.

Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Falk Hensel [SPD]

Ja, der Langzeitsicherheitsnachweis ist nicht erbracht, und da der Laugenzufluss unkontrollierbar ist, besteht die Gefahr einer Grundwasserkontamination. Die Rückholung ist oberstes Ziel und durch ein Bundesgesetz geregelt, ein Zurück gibt es nicht.

Oliver Ganzauer [SPD]

Ja, weil ein Langzeitsicherheitsnachweis nicht erbracht ist.

Uwe Kiehne [SPD]

Ja, der Langzeitsicherheitsnachweis ist nicht erbracht, und da der Laugenzufluss unkontrollierbar ist, besteht die Gefahr einer Grundwasserkontamination. Die Rückholung ist oberstes Ziel und durch ein Bundesgesetz geregelt, ein Zurück gibt es nicht. Allerdings habe ich erhebliche Zweifel, dass das gelingen wird.

Burkhard Klie [SPD]

Grundsätzlich bin ich für die Rückholung, um den nachfolgenden Generationen diesen, von uns verursachten Müll, nicht so zu hinterlassen. Aber diese Rückholung darf nicht zur Kontamination der heutigen Bevölkerung führen.

Ruth Naumann [SPD]

Ja, auf jeden Fall. Dazu schafft das „Gesetz zur Beschleunigung der Rückholung radioaktiver Abfälle und der Stilllegung der Schachanlage Asse II“ (Lex Asse) eine wichtige Grundlage.

Irmtraut Cordes, Dietmar Fricke, Andreas Glier, Konrad Gramatte, Jürgen Kühne, Fank Oesterhelweg [CDU]

ja

Klaus Hantelmann [CDU]

Ich denke, dass das die sinnvollste Maßnahme ist.

Uwe Lagowsky [CDU]

Mein Ziel ist und bleibt die Rückholung radioaktiven Abfälle aus der Asse. Dafür setze ich mich auf der Kommunal- und Bundesebene ein. Denn nur durch die Rückholung besteht die Möglichkeit, die Abfälle zukünftig in einem sicheren Endlager zu verwahren.

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Der Atommüll muss unbedingt aus der Asse geborgen werden um eine Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Biosphäre zu vermeiden!

Dieter Wichenberg [die Linke]

Ja, weil ausschließlich durch die Rückholung des Atommülls der Langzeit-Sicherheitsnachweis erbracht werden kann. Diese Aussage machte der Präsident des BfS 2009 und bis heute gibt es vom Betreiber und von den Aufsichtsbehörden keine andere oder neue Aussage.

Jürgen Pastewsky [AfD]

Selbstverständlich. Wir sind dagegen, dass die ursprünglichen Pläne des früheren Betreibers umgesetzt werden. Das BfS muss die sichere Rückholung durch den neuen Schacht 5 organisieren.

2. Befürworten Sie das Vorgehen des Betreibers bei der Gestaltung der Rückholung?

Marcus Bosse [SPD]

Positiv befinde ich die Rückholungsabsicht. Sofern die Gestaltung dieser für Außenstehende überhaupt beurteilbar ist, erscheint der Zeitrahmen dafür aber als zu langfristig gefasst.

Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Falk Hensel [SPD]

Sofern die Gestaltung dieser für Außenstehende überhaupt beurteilbar ist, erscheint der Zeitrahmen dafür als zu langfristig gefasst. Ein schnellerer Planungs- und Verfahrensablauf wäre sinnvoll.

Oliver Ganzauer [SPD]

Die Gestaltung ist für Außenstehende kaum beurteil- und überschaubar. Der geplante Zeitrahmen ist zu lang. Ein schnellerer Planungs- und Verfahrensablauf wäre wünschenswert.

Uwe Kiehne [SPD]

Im Grunde dauert alles viel zu lange. Ein schnellerer Planungs- und Verfahrensablauf wäre sinnvoll.

Burkhard Klie [SPD]

Meines Erachtens dauert das gesamte Projekt viel zu lange. Die auf der 750m Sole befindlichen, scheinbar unversehrten Fässer hätten schon längst geborgen werden können.

Ruth Naumann [SPD]

Erst mit dem Schacht Asse 5 kann es eine Beschleunigung geben, daher muss dieser Schacht zügig gebaut werden.

Irmtraut Cordes, Andreas Glier, Jürgen Kühne, Fank Oesterhelweg [CDU]

nein

Dietmar Fricke [CDU]

Mir geht vieles zu langsam; allerdings muss auch bei einem möglichen schnelleren Vorgehen die Sicherheit von Mensch und Umwelt gewährleistet bleiben.

Konrad Gramatte [CDU]

Kenne nur Presseinfo: Keine Aussage

Klaus Hantelmann [CDU]

Es erscheint mir etwas undurchsichtig.

Uwe Lagowsky [CDU]

Es muss mehr getan werden, damit die Rückholung gelingt.

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Der Betreiber lässt sich zuviel Zeit, d.h. er gestaltet die Rückholung nicht sondern verzögert die Bergung des Atommülls.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Nein, absolut nicht! Im Gegenteil: Verzögerungstaktik, Verschleierung, Pseudoaktivitäten und angeblich notwendige Stabilisierungs- und Verfüllungsmaßnahmen und sog. Notfall-Vorsorgemaßnahmen werden für die Bevölkerung in den Vordergrund gerückt statt die konkrete und systematische Rückholungsplanung zu betreiben.

Jürgen Pastewsky [AfD]

Das BfS ist seit mehr als sieben Jahren verantwortlich. Die bislang durchgeführten Maßnahmen lassen uns daran zweifeln, dass die sichere Rückholung Priorität genießt.

3. Halten Sie die derzeitige Rückholungsplanung des Betreibers für ausreichend?

Marcus Bosse, Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Falk Hensel, Uwe Kiehne [SPD]

Nach jetzigem Stand fehlt noch der Lagerungsort für den Verbleib der Fässer. Wichtig ist, dass der gesamte Prozess schnell vorangetrieben wird und alle Akteure an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen.

Oliver Ganzauer [SPD]

Nein, weil nach jetzigem Stand noch der Lagerungsort für den Verbleib der Fässer fehlt. Wichtig ist, dass der gesamte Prozess schnell und gemeinsam vorangetrieben wird.

Burkhard Klie [SPD]

Nach meiner Auffassung sollte der Schacht Konrad zwingend als Zwischenlagerlösung ins Auge gefasst werden. Es spart Zeit und Geld.

Ruth Naumann [SPD]

Nein, es fehlt ein Masterplan, der die Stabilisierung des Bergwerkes, die Notfallplanung und dabei die Rückholung berücksichtigt. Dabei müssen auch die entstehenden Wechselwirkungen beurteilt und berücksichtigt werden.

Irmtraut Cordes, Andreas Glier, Jürgen Kühne, Fank Oesterhelweg [CDU]

nein

Dietmar Fricke [CDU]

siehe Antwort 2.

Konrad Gramatte [CDU]

Kenne nur Presseinfo: Keine Aussage

Klaus Hantelmann [CDU]

kaum

Uwe Lagowsky [CDU]

Eine Beschleunigung des Verfahrens ist mir wichtig. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die Rückholung erst im Jahr 2033 beginnen soll. Das bedeutet, wir haben als Asse II Begleitgruppe die Aufgabe die Planung nicht als gegeben hinzunehmen, sondern uns dafür einzusetzen, dass die Umsetzung vorangetrieben wird.

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Es gibt keine Gesamtplanung, keine ausreichende Koordinierung zwischen Rückholungs- und Notfallarbeiten.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Nein, denn die unabhängigen Wissenschaftler in der A2b/B fordern schon lange die Entwicklung bzw. vorbereitenden Beschaffungsmaßnahmen zur "Bergetechnik".

Jürgen Pastewsky [AfD]

nein

4. Lässt der Betreiber sich beim Bau von Schacht 5 zuviel Zeit?

Marcus Bosse, Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Falk Hensel [SPD]

Als Laie empfinde ich die Bauzeit für Schacht 5 im Vergleich zur Bauzeit der alten Schachanlage als unverhältnismäßig lang - besonders unter Berücksichtigung der fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten. Es ist mindestens fraglich, ob hierfür „Atomrecht“ maßgeblich sein sollte. Richtig ist aber auch, dass größte Sorgfalt bei allen Tätigkeiten Priorität hat.

Oliver Ganzauer [SPD]

Als „Laie“ kann ich das schwer beurteilen. Trotz gebotener Eile sollte Sorgfalt und Sicherheit vor Schnelligkeit gehen.

Uwe Kiehne [SPD]

Als Laie empfinde ich die Bauzeit für Schacht 5 im Vergleich zur Bauzeit der alten Schachanlage als unverhältnismäßig lang - besonders unter Berücksichtigung der fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten. Richtig ist aber auch, dass größte Sorgfalt bei allen Tätigkeiten Priorität hat. Eine Teufung sollte nach Bergrecht vorgenommen werden können.

Burkhard Klie [SPD]

Ja, denn unsere heutige Technik und maschinellen Möglichkeiten sind nie besser gewesen.

Ruth Naumann [SPD]

Ja, es müsste viel schneller gehen. Technische Möglichkeiten dazu gibt es.

Irmtraut Cordes, Konrad Gramatte, Fank Oesterhelweg [CDU]

ja

Dietmar Fricke [CDU]

Das kann ich nicht verlässlich beurteilen. Wenn die dortigen Fachleute, die tagtäglich mit den Prozessen befasst sind, darlegen, dass die genannten Zeitfenster für die Standortuntersuchungen, die zu beachtenden Sicherheitsaspekte, die bergbaulichen Rahmenbedingungen wie Bewetterungsfragen u. a. m. erforderlich sind, muss ich das als Nichtwissenschaftler erst einmal ein Stück weit akzeptieren.

Andreas Glier [CDU]

aus meiner Sicht ja

Klaus Hantelmann [CDU]

Kann ich nicht beurteilen, da kein Fachmann für den Bau von Schachanlagen.

Jürgen Kühne [CDU]

Ja, müsste beschleunigt werden.

Uwe Lagowsky [CDU]

siehe Antwort 3

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Da im Grundsatz der Bau von Schacht 5 nach Aussage von Experten an der Stelle der Probebohrungen möglich ist, sollte schnellstmöglich damit begonnen werden.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Ja, weil es auch wiederum nach Aussagen der AGO-Wissenschaftler wesentlich schneller gehen müsste.

Jürgen Pastewsky [AfD]

ja

5. Sind sie für ein Asse-nahes Zwischenlager?

Marcus Bosse [SPD]

Ein Zwischenlager sollte vor allem allen Sicherheitsaspekten genügen und gleichzeitig eine zügige Rückholung begünstigen. Es gilt die Kriterien abzuwägen - wegfallende Transportproblematik <> zusätzliche / fortgesetzte / erneute Belastung der hier Lebenden.

Nicht zu vergessen ist die (nicht messbare und planungstechnisch verwertbare) Sorge im Hinterkopf, dass es (noch) keine Endlagerungsmöglichkeit gibt und vielleicht auch nie geben wird. Die Frage des Zwischenlagers darf nicht zu einer Verzögerung der Rückholung und damit zu einer weiterhin unsicheren Lagerung des Atommülls führen.

Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Oliver Ganzauer, Falk Hensel [SPD]

Ein Zwischenlager sollte allen Sicherheitsaspekten genügen und gleichzeitig eine zügige Rückholung begünstigen. Es gilt, die Kriterien abzuwägen - wegfallende Transportproblematik <> zusätzliche / fortgesetzte / erneute Belastung der Anwohner.

Nicht zu vergessen ist die (nicht messbare und planungstechnisch verwertbare) Sorge im Hinterkopf, dass es (noch) keine Endlagerungsmöglichkeit gibt. Die Frage des Zwischenlagers darf nicht zu einer Verzögerung der Rückholung und damit zu einer weiterhin unsicheren Lagerung des Atommülls führen. Ein Zwischenlager darf kein de facto Endlager werden und darf auch nur für die Asse-Abfälle zur Verfügung stehen.

Uwe Kiehne [SPD]

Generell nein. Ein Zwischenlager darf kein de facto Endlager werden und darf auch nur für die Asse-Abfälle zur Verfügung stehen.

Burkhard Klie [SPD]

Mein Favorit für ein Zwischenlager ist seit längerem der Schacht Konrad, der alle Vorbedingungen erfüllt.

Ruth Naumann [SPD]

Nur dann, wenn ein Vergleich stattgefunden hat, indem auch asse-ferne Standorte mit größeren Abständen vom Zwischenlager bis zur Wohnbebauung berücksichtigt werden und nach dem beim Abwägen der Kriterien das asse-nahe Zwischenlager als das geeignete erscheint.

Irmtraut Cordes, Andreas Glier, Konrad Gramatte, Klaus Hantelmann, Jürgen Kühne, Fank Oesterhelweg [CDU]

ja

Dietmar Fricke [CDU]

Natürlich nicht, allein schon wegen der nahen Wohnbebauung. Zu klären ist allerdings im Vorfeld, wie und ob ein Transport durch andere Gemarkungen, Städte und Landkreise möglich ist und wohin der Müll dann zwischenlagernd verbracht werden soll. Ein Endlager gibt es ja nicht. Hier eine zufriedenstellende und machbare Lösung zu finden ist komplex und wird sicherlich nicht einfach werden.

Uwe Lagowsky [CDU]

*Der Kreistag hat dazu am 05.10.2015 folgenden Beschluss gefasst
(Drucksache XVII 0637/2015/1):*

1. Standortsuchverfahren

Der Kreistag fordert den unverzüglichen Beginn einer transparenten, ergebnisoffenen, kriterienbasierten Standortsuche für die Konditionierungsanlage, das Puffer- und Zwischenlager.

Dies gilt insbesondere für die Suche nach Asse-nahen Standorten, weil das Verfahren einvernehmlich festgelegt ist.

Konkrete Entfernungsvorgaben beim Suchverfahren werden abgelehnt.

Die a2b fordert die Ergänzung der Parameterstudie des BfS vom 28.10.2014 um eine Störfallbetrachtung für Transport und Standort und um die Freisetzung radioaktiver Stoffe durch Ableitungen im Normalbetrieb. Das BfS wird gebeten, dazu Stellung zu nehmen.

Der verabredete, kriterienbasierte Vergleich sollte analog dem in Anlage 1 beigefügten Schema erfolgen.

Meine Stimme hat dieser Beschluss auch bekommen und an meiner Auffassung hat sich bis heute nichts geändert.

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Ein Asse nahes Zwischenlager halte ich für sehr bedenklich, da es sich mit Sicherheit nicht um eine Zwischenlagerung für wenige Jahre handeln wird, sondern um ein Zwischenlager mit der Funktion eines Endlagers. Nur durch ein Asse fernes Zwischenlager kann verhindert werden, dass die Bevölkerung vor dem durch Einatmen verursachten Inkorporation von Radionukliden geschützt ist! Hierzu liegt die Stellungnahme des Wissenschaftlers Prof. Dr. Rolf Bertram als Mitglied der Begleitgruppe vor.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Ich bin trotz der Vorfestlegung durch das BfS (assenah) immer noch für einen fairen Zwischenlager-Vergleich mit einem nicht fiktiven, sondern realen Standort, der weiter von der Wohnbebauung entfernt ist.

Jürgen Pastewsky [AfD]

Für den Fall, dass ein solches Lager errichtet wird, hat es eher Endlager – Funktion. Daher müssen Abstände zur Wohnbebauung, wie von der Begleitgruppe gefordert, eingehalten werden. Vorab muss es eine ergebnisoffene Suche nach anderen Standorten geben.

6. Halten Sie einen Vergleich von Zwischenlager-Standorten mit größeren Entfernungen bis zur Wohnbebauung nach dem Kriterienbericht für notwendig?

Marcus Bosse, Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Oliver Ganzauer, Falk Hensel [SPD]

Die Sicherheitsaspekte bei Zwischenlagerstandorten müssen geprüft werden, eine unbedenkliche Entfernung für die Anwohner ist selbstverständlich. Auch etwaige Kilometergrenzen hierfür bedürfen einer wissenschaftlichen Untermauerung. In jeder Untersuchung sollten aber die gleichen Parameter gelten und fragliche Forderungen dürfen nicht zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führen.

Uwe Kiehne [SPD]

Ich bin gegen eine Zwischenlager jeglicher Form. Der Müll aus der muss in ein Endlager verbracht werden, ohne wenn und aber.

Burkhard Klie [SPD]

Hier muss alles auf die Waage gestellt werden und mit gleichen Bewertungen für alle in Frage kommenden Standorte gleichermaßen verglichen werden. Natürlich unter der Betrachtung, die Bevölkerung so wenig wie möglich zu belasten.

Ruth Naumann [SPD]

Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitsaspekte sollte, wenn möglich, auch eine größere Entfernung nach dem Kriterienbericht untersucht werden. Die vom BfS erstellte Studie sollte von den Wissenschaftlern geprüft und kommentiert werden.

Irmtraut Cordes, Andreas Glier, Jürgen Kühne, Fank Oesterhelweg [CDU]

nein

Konrad Gramatte [CDU]

Nein: Wenn es zu Störungen kommt spielt die Entfernung keine Rolle.

Klaus Hantelmann [CDU]

Nein, da dieser Raum ohnehin dicht besiedelt ist.

Dietmar Fricke [CDU]

siehe Antwort 5.

Uwe Lagowsky [CDU]

siehe Antwort 5.

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Ein Zwischenlager in der Nähe von Wohnbebauungen lehne ich grundsätzlich ab.

Eine Zwischenlagerung fernab jeglicher Wohnbebauung ist anzustreben.

Nach dem Stand der Technik ist es möglich die fertig konfektionierten, strahlengeschützten Gebinde ferngesteuert auf die Bahn zu verladen, so daß das Personal keiner zusätzlichen Strahlenbelastung ausgesetzt ist.

Dieter Wichenberg [die Linke]

siehe Antwort 5.

Jürgen Pastewsky [AfD]

Ja, siehe Frage 5.

7. Halten Sie die Kritik der Wissenschaftler der Asse II Begleitgruppe an den Maßnahmen des Betreibers zu Verfüllung und Laugenüberwachung für gerechtfertigt?

Marcus Bosse, Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Falk Hensel [SPD]

Ob die Kritik der Wissenschaftler gerechtfertigt ist oder nicht, kann ich als Nicht-Wissenschaftler nicht beurteilen. Wachsamkeit ist aber angebracht.

Oliver Ganzauer [SPD]

Eine Beurteilung dieser Frage ist mir als „Laie“ nicht möglich.

Uwe Kiehne [SPD]

Das kann ich nicht beurteilen.

Burkhard Klie [SPD]

Diese spezielle Thematik entzieht sich meinem Kenntnisstand und meinem Beurteilungsvermögen.

Ruth Naumann [SPD]

Die Wissenschaftler der Asse II Begleitgruppe sind die Wissenschaftler des Vertrauens der Begleitgruppe und man muss sich auf die Kommentare verlassen. Durch die Verfüllung der Begleitstrecke auf der 750m Sohle, (direkt vor den Atommüllkammern) wird zumindest die Rückholung erschwert und es besteht das Risiko des Abbruchs der Rückholung. Daher ist eine erhöhte Wachsamkeit nach der Kritik der Wissenschaftler an den Maßnahmen dringend erforderlich.

Irmtraut Cordes [CDU]

keine Angabe

Dietmar Fricke [CDU]

Hier stehen sich ganz offensichtlich unterschiedliche wissenschaftliche Auffassungen gegenüber, die ich als Laie weder bewerten kann noch will.

Andreas Glier [CDU]

grundsätzlich ja, jedoch erscheint die Fragestellung sehr allgemein

Konrad Gramatte [CDU]

Die Wissenschaftler waren auch vorher da: Habe kein Vertrauen.

Klaus Hantelmann [CDU]

Auch hier kann ich fundiert keine Antwort geben. Diese Thematik ist sehr komplex und für Laien kaum zu durchdringen. Und von durch Emotion gesteuerte Aussagen halte ich nichts.

Jürgen Kühne [CDU]

Auf diese allgemeine Frage kann ich nicht antworten.

Uwe Lagowsky [CDU]

ja

Fank Oesterhelweg [CDU]

Frage zu allgemein!

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Die Kritik ist berechtigt, da bisher fast ausschließlich für die Notfallvorsorge aber nicht für die Rückholung gearbeitet wird und die Folgen der Verfüllung für die Rückholung nicht berücksichtigt werden.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Ja, für sehr gerechtfertigt, weil gerade Verfüllungsmaßnahmen bzw. Betonierungsarbeiten vor den Einlagerungskammern ein Szenario schaffen können, das die Rückholung erschwert oder sogar unmöglich macht.

Jürgen Pastewsky [AfD]

ja

8. Ist es für die Region verantwortbar, dass ein von der Genehmigungsbehörde abgelehntes, ungeeignetes Flutungskonzept als Notfallvorsorge umgesetzt wird?

Marcus Bosse [SPD]

Natürlich ist ein Notfallkonzept erforderlich und eine Flutung wäre wahrscheinlich im Katastrophenfall der einzig mögliche Hebel, der allerdings keinesfalls zu früh in Betracht gezogen werden darf.

Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Oliver Ganzauer, Falk Hensel [SPD]

Natürlich ist ein Notfallkonzept erforderlich und eine Flutung wäre wahrscheinlich im Katastrophenfall der einzig mögliche Hebel, aber auch ich habe die Besorgnis vor vorschneller Einsetzung der Notfallvorsorge.

Uwe Kiehne [SPD]

Natürlich ist ein Notfallkonzept erforderlich und eine Flutung/Verfüllung wäre wahrscheinlich im Katastrophenfall der einzig mögliche Hebel.

Burkhard Klie [SPD]

Diese spezielle Thematik entzieht sich meinem Kenntnisstand und meinem Beurteilungsvermögen.

Ruth Naumann [SPD]

Das ein Notfallkonzept erforderlich ist, ist ja unstrittig. Aber ich sehe auch die Gefahr, dass plötzlich der Notfall ausgerufen wird, die Flutung erfolgt und dadurch die Rückholung abgebrochen wird, z.B. bei höherem Zulauf der kontaminierten Salzlösung pro Tag.

Irmtraut Cordes, Andreas Glier, Konrad Gramatte, Jürgen Kühne, Fank Oesterhelweg [CDU]
nein

Dietmar Fricke [CDU]

Ein Notfallvorsorgekonzept zur Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten muss es geben (Plan B). Es darf allerdings kein offensichtlich ungeeignetes sein.

Klaus Hantelmann [CDU]

sicherlich nicht

Uwe Lagowsky [CDU]

Die Notfallvorsorge ist absolut notwendig, es obliegt uns allen, Politik und Asse II - Begleitgruppe, dafür Sorge zu tragen, dass es zur Rückholung kommt.

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Ein veraltetes Konzept, dass neu überdacht werden sollte.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Allein aus der Frage ergibt sich, dass es für die Region nicht verantwortbar ist, ein solches Flutungskonzept als Notfallvorsorge umzusetzen.

Jürgen Pastewsky [AfD]

nein

9. Halten Sie eine unabhängige Asse II Begleitgruppe für erforderlich?

Marcus Bosse, Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Oliver Ganzauer, Falk Hensel [SPD]
Es wurde lange um eine besondere Form der Bürgerbeteiligung gekämpft und ja, hier haben wir sie.

Uwe Kiehne [SPD]
Als Kontrollgremium außerhalb der politischen Verantwortung sicher eine Bereicherung. Allerdings muss eine Verselbstständigung verhindert werden.

Burkhard Klie [SPD]
Unbedingt

Ruth Naumann [SPD]
Ja, unbedingt.

Irmtraut Cordes, Uwe Lagowsky [CDU]
ja

Dietmar Fricke [CDU]
Die Begleitgruppe hat in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet und wichtige Fragen gestellt. Allerdings ist für ein weiteres zielgerichtetes Miteinander nach meiner Wahrnehmung eine bessere Atmosphäre, Kommunikation und Koordination zwischen Begleitgruppe, BfS und Kreis erforderlich.

Andreas Glier [CDU]
Ich halte sie für zweckmäßig.

Konrad Gramatte [CDU]
für sinnvoll

Klaus Hantelmann [CDU]
Daran sollte durchaus gedacht werden, so werden überflüssige und dem Thema nicht zuträgliche Diskussionen vermieden.

Jürgen Kühne [CDU]
eher für empfehlenswert

Fank Oesterhelweg [CDU]
nicht für erforderlich, aber für sehr sinnvoll

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]
Nur so ist eine Beteiligung und Überwachung durch die betroffenen Anwohner möglich.

Dieter Wichenberg [die Linke]
Die bisherige Unabhängigkeit der Asse2-Begleitgruppe ist aus meiner Sicht eine unverzichtbare, lange gewachsene und bis vor kurzer Zeit relativ gut funktionierende "Größe". Diese Unabhängigkeit wurde seitens der Landrätin 2015f durch Anpassung bzw. Unterordnung an Entscheidungsbefugnisse durch den Kreistag im Rahmen der sog. "Prozessorganisation" quasi eingeschränkt bzw. fast außer Kraft gesetzt. Allein die Linke hat sich im Kreistag gegen diese Beschneidung der Unabhängigkeit ausgesprochen und entsprechend abgestimmt.

Jürgen Pastewsky [AfD]
Unbedingt. Alles andere ist nicht zu verantworten.

10. Halten Sie es für zulässig, dass der Kreistag der Asse II Begleitgruppe politische Vorgaben macht?

Marcus Bosse, Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Oliver Ganzauer, Falk Hensel [SPD]

Der Kreistag ist ein Gremium mit Entscheidungsbefugnissen. Wo diese greifen, muss der Kreistag auch tätig werden. Die Asse II Begleitgruppe ist ein beratendes Kontrollgremium und nicht an Vorgaben gebunden bzw. setzt auch gar keine um. Unabhängige Politik macht die Asse II Begleitgruppe gleichwohl und das sollte und kann sie ja auch. Natürlich sollten alle das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Der Kreistag ist jederzeit berechtigt, für sich ein Meinungsbild zu bilden und Forderungen aufzustellen, die aus seiner politischen Sicht richtig sind.

Uwe Kiehne [SPD]

Der Kreistag ist ein Gremium mit Entscheidungsbefugnissen. Wo diese greifen, muss der Kreistag auch tätig werden. Die Asse II Begleitgruppe ist ein beratendes Kontrollgremium und nicht an Vorgaben gebunden und sonst nichts.

Burkhard Klie [SPD]

Bei dem Zusammenspiel zwischen Politik, Entscheidungsgremien und Beratungsfunktionen darf das Gesamtziel niemals aus den Augen verloren werden.

Ruth Naumann [SPD]

Die Asse II Begleitgruppe wurde als unabhängiges Begleitgremium gegründet. Durch die stimmberechtigten Vertreter des Landkreises, des Kreistages und der Vorsitzenden Landrätin ist der Landkreis in der Begleitgruppe gut vertreten und kann darüber, die Vorschläge des Kreistages in der Begleitgruppe einbringen und zur Abstimmung stellen, wie jede andere Gruppe der Begleitgruppe auch.

Irmtraut Cordes [CDU]

nein

Dietmar Fricke [CDU]

Der Kreistag macht aus meiner Sicht der Asse II Begleitgruppe keine politischen Vorgaben.

Andreas Glier [CDU]

Ich halte es dann für unzulässig, wenn der Kreistag entgegen möglicher Rechtsgrundlagen tatsächlich politische Vorgaben machen würde.

Konrad Gramatte [CDU]

Denke das beide Seiten nicht unschuldig sind. Vorgaben kenne ich nicht.

Klaus Hantelmann [CDU]

In der abgelaufenen Wahlperiode ist dies nicht geschehen.

Jürgen Kühne [CDU]

Meines Wissens tut er das nicht.

Uwe Lagowsky [CDU]

Nein.

Die Kreistagsmitglieder vertreten jedoch die Interessen des Landkreises und entscheiden, wenn es notwendig ist (siehe Kreistagssitzung am 5.10.2015 und Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz am 14.09.2015).

Fank Oesterhelweg [CDU]

Tut er das?

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Politische Anregungen aus dem Kreistag sind durchaus erwünscht. Vorgaben dürfen nicht erfolgen.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Nein, weil die Kreistagsmitglieder weder die Sachkompetenz haben noch über die Vorgänge in der A2b neutrale bzw. objektive Informationen bekommen. Die A2b ist in ihrer Zusammensetzung durch unabhängige Wissenschaftler, Vertreter der Bürgerinitiativen und Vertreter der Kreistagsfraktionen nach meiner Auffassung bei Einhaltung ihrer Geschäftsordnung demokratisch zusammengesetzt. Beschlüsse müssen / müssten nur von der Vorsitzenden offensiv nach "draußen", d.h. in die Bevölkerung und an die übergeordneten Behörden kommuniziert werden.

Jürgen Pastewsky [AfD]

Nein, die Unabhängigkeit muss gewahrt bleiben. Daher ist das Verhalten insbesondere der Landrätin zu kritisieren. Wir stimmen hier Heike Wiegel ausdrücklich zu und bedauern den Umgang mit ihr.

11. Sehen Sie politische Einflussmöglichkeiten des Kreistages, um nach dem Betreiberwechsel weitere Verzögerungen der Rückholung zu vermindern?

Marcus Bosse, Susanne Fahlbusch, Wolfgang Fischer, Oliver Ganzauer, Falk Hensel [SPD]

Weiterhin und immer wieder sollte der Landkreis Wolfenbüttel und der Kreistag z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit / Resolutionen o. / u. a. und dem Zeigen des festen Willens der zügigen und sicheren Rückholung eben diese vorantreiben. Ein direkter Einfluss auf Behörden besteht meines Erachtens auch nach dem Betreiberwechsel nicht.

Uwe Kiehne [SPD]

Weiterhin und immer wieder sollte der Landkreis Wolfenbüttel und der Kreistag z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit / Resolutionen o. / u. a. und dem Zeigen des festen Willens der zügigen und sicheren Rückholung eben diese vorantreiben. Ein direkter Einfluss auf Behörden besteht meines Erachtens auch nach dem Betreiberwechsel nicht.

Burkhard Klie [SPD]

Alles, was möglich ist, muss getan werden, um Verzögerungen zu vermeiden, gleichwohl aus welcher Richtung Lösungsvorschläge zur Rückholung gemacht werden.

Ruth Naumann [SPD]

Der Landkreis Wolfenbüttel sollte vehement auf die zügige und sichere Rückholung bestehen und soweit wie möglich Einfluss nehmen. Dabei ist es besonders wichtig, dass der Kreistag und die Asse II-Begleitgruppe an einem Strang ziehen. Deshalb sollte eine Spaltung unbedingt verhindert werden.

Irmtraut Cordes [CDU]

ja

Dietmar Fricke [CDU]

Bedingt; als wissenschaftlicher Laie muss ich dem beauftragten Betreiber in gewisser Weise abnehmen, dass die Prozesse diesen langen Zeitraum erfordern, auch wenn mir persönlich vieles zu lange dauert.

Andreas Glier [CDU]

grundsätzlich ja

Konrad Gramatte [CDU]

Kommt auf die sachbezogene Diskussion an.

Klaus Hantelmann [CDU]

Solche Möglichkeiten sind zumindest denkbar.

Jürgen Kühne [CDU]

Es muss der neue Betreiber erst mal anfangen...

Uwe Lagowsky [CDU]

Wenn die Landrätin, die Kreistagsmitglieder und die Mitglieder der Asse II Begleitgruppe dieses gemeinsame Ziel geschlossen verfolgen, sehe ich gute Aussichten dafür.

Fank Oesterhelweg [CDU]

ggf. ja

Hilmar Nagel [B'90/Die Grünen]

Einflussnahmen über die zuständigen Ministerien auf die entsprechenden Ämter sollten erfolgen.

Dieter Wichenberg [die Linke]

Ja, weil der Kreistag z. B.

a) Resolutionen verfassen und der Länder- und Bundesebene zukommen lassen kann, die die Dringlichkeit bestimmter Maßnahmen beinhalten, die zu einer echten Beschleunigung der Rückholung beitragen.

b) Fachliche Experten – allerdings unabhängig – in den Kreis-Umweltausschuss einladen und berichten lassen.

c) Einsatz für regelmäßiges Stattfinden öffentlicher Veranstaltungen für die Bürger des LK, die ein Recht auf aktuelle Infos und Rückfragen haben müssen. (Nur drei Beispiele)

Jürgen Pastewsky [AfD]

Wir schlagen vor, konstruktiv und kontinuierlich mit der Begleitgruppe zusammenzuarbeiten und insbesondere die dort vorhandene Kompetenz zu nutzen. Die Bevölkerung muss ehrlich in einem transparenten Prozess informiert werden. Der Kreistag muss beim Betreibern darauf drängen, dies zu akzeptieren.